

Forum D

Entwicklungen und Reformvorschläge
– Diskussionsbeitrag Nr. 30/2013 –

06.11.2013

Behindert muss ganz normal sein

von Alfons Adam, Sprecher der Schwerbehindertenvertretungen in der Automobilindustrie

Die Beschäftigung behinderter Menschen spielt nicht nur für Inklusion eine besondere Rolle, sondern gewinnt auch anlässlich der demographischen Entwicklung und zunehmender Beeinträchtigungen und Belastungen in der Arbeitswelt, insbesondere im psychischen Bereich, an Bedeutung.

Welche tatsächlichen und strukturellen Probleme und Barrieren bei der Einstellung und Beschäftigung behinderter Menschen in privaten Unternehmen bestehen, verdeutlicht Alfons Adam in einem Interview mit der IG-Metall Mitgliedszeitung „metallzeitung“.¹

Alfons Adam ist Sprecher der Schwerbehindertenvertretungen in der Automobilindustrie und Mitglied des Projektsteuerkreises des Diskussionsforums Rehabilitations- und Teilhaberecht. Darüber hinaus war er Sachverständiger bei einer Anhörung des Deutschen Bundestages zur Beschäftigung behinderter Menschen und hat in diesem Rahmen klarere Gesetze gefordert, um das Menschenrecht auf

Teilhabe am Arbeitsleben und am Leben in der Gemeinschaft für behinderte Menschen durchzusetzen.

metallzeitung: Wir haben fast eine Million schwerbehinderte Beschäftigte in Deutschland – Tendenz steigend. Warum so viele?

Adam: »Schwerbehindert« ist eben nicht nur der Rollifahrer, sondern auch ein äußerlich gesunder Mensch, der dauerhafte gesundheitliche Einschränkungen hat. Und das kann jeden von uns treffen. Durch einen Unfall. Oder durch Erkrankungen, die mit dem Alter kommen.

metallzeitung: ... und die Belegschaften werden ja immer älter.

Adam: Ja. Dazu kommen immer mehr psychische Erkrankungen. In meinem Betrieb, bei Mercedes in Bremen, hatten wir vor 20 Jahren rund 200 schwerbehinderte Beschäftigte. Heute kümmern wir uns als Schwerbehindertenvertretung um 850 Leute, 1000 weitere sind gefährdet. Mein Kollege sagt immer: Irgendwann landet jeder aus dem Werk mal bei uns.

¹ Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine Zweitveröffentlichung des Interviews aus der IG-Metall Mitgliedszeitschrift „metallzeitung“ 7/2013, S. 8–9.

metallzeitung: Wie stellen sich die Betriebe auf mehr Behinderungen ein?

Adam: In großen Betrieben, etwa in der Autoindustrie, haben wir einiges erreicht, bei gesundheitsgerechter Arbeitsgestaltung und Personalpolitik. Bei Daimler haben wir seit dem Jahr 2006 über 200 schwerbehinderte Azubis ganz normal ausgebildet. Doch in den meisten Firmen sieht es schlecht für Menschen mit Behinderung aus.

metallzeitung: Es gibt doch eine gesetzliche Quote von fünf Prozent schwerbehinderten Beschäftigten?

Adam: Aber drei Viertel aller Betriebe halten sich nicht daran. Ein Drittel hat gar keine Schwerbehinderten. Zudem nehmen die Kündigungen von gesundheitlich angeschlagenen Beschäftigten zu. Ergebnis: Nur ein Drittel der 3,3 Millionen erwerbsfähigen schwerbehinderten Menschen arbeitet.

metallzeitung: Raus? Weg? Wie kann das sein?

Adam: Die Gesetze sind zu weich. Betriebe müssen erst barrierefrei sein, wenn sie schon schwerbehinderte Beschäftigte haben. Deshalb wiederum stellen sie auch keinen ein: Tut uns leid. Wir haben kein Behindertenklo. Auch Versorgungsämter und Gerichte sind zu weich. Vier von fünf krankheitsbedingten Kündigungen gehen durch, obwohl Eingliederung gesetzlich Vorrang hat.

metallzeitung: Und was ist mit Verstößen gegen die Quote? Hilft anzeigen?

Adam: Von den Anzeigen haben weniger als 0,1 Prozent Erfolg. Zudem können sich Arbeitgeber über eine Ausgleichsabgabe von der Quote freikaufen, für 115 bis 290 Euro je Arbeitsplatz. Und auch da kommen sie heraus, wenn sie Arbeit an Behindertenwerkstätten vergeben. Die Beschäftigten verdienen dort rund 300 Euro im Monat. Und die Werkstätten wachsen – allein letztes Jahr

um 6000 Beschäftigte. Dabei sind viele von ihnen qualifiziert und leistungsfähig genug für den ersten Arbeitsmarkt. Doch diese Wahlmöglichkeit bekommen sie nicht.

metallzeitung: Verstößt diese Ausgrenzung nicht sogar gegen Völkerrecht?

Adam: So ist es. Die UN-Behindertenrechtskonvention gilt bei uns seit dem Jahr 2009: Behinderte Menschen sollen von Anfang an in der Mitte der Gesellschaft teilhaben, statt in Sonderschulen und Behindertenwerkstätten ausgegrenzt zu werden. Doch in Deutschland tut sich da fast nichts. Ein Skandal.

metallzeitung: Wer ist schuld daran?

Adam: Den Arbeitgebern mache ich keinen großen Vorwurf. Auch wenn der Staat Maßnahmen im Betrieb fördert, ist das gerade für kleinere Betriebe sehr aufwendig. Daher machen sie nur, was sie müssen. In erster Linie ist also die Politik gefragt. Doch die hat sich da bislang rausgehalten und gesagt: Regelt Ihr das mal in den Betrieben. Dafür wird viel geredet, etwa über gute Beispiele. Aber die reichen nicht. Das kennen wir ja vom Arbeitsschutz: Wenn wir da keine harten Gesetze hätten, würden die Arbeitgeber freiwillig nicht so viel tun. Das geben sie selbst in Umfragen zu. Solche Gesetze brauchen wir auch zur Inklusion behinderter Menschen.

metallzeitung: Was muss sich genau ändern?

Adam: Wir Schwerbehindertenvertreter der Autoindustrie haben mit der IG Metall Reformvorschläge zum Sozialgesetzbuch IX gemacht: Betriebe müssen von vornherein barrierefrei sein. Die Ämter müssen die Quote in den Betrieben wirklich durchsetzen. Die Ausgleichsabgabe für Betriebe, die wenig tun, muss deutlich steigen. Und Arbeitgeber müssen die Schwerbehindertenvertretung

bei allen Maßnahmen, die behinderte Menschen betreffen, von Anfang an beteiligen – nicht erst, wenn schon alles entschieden ist.

metallzeitung: Immerhin wurdest Du kürzlich als Sachverständiger in den Bundestag eingeladen. Wie kam das? Was hat es gebracht?

Adam: Wir haben in den letzten Jahren beharrlich Kontakte in die Politik geknüpft. Die sehen mittlerweile, dass Schwerbehindertenvertreter nah dran sind und sich auskennen. Ich war überrascht, dass Vertreter aller Parteien viel nachgefragt und zugehört haben. Die Reform des Sozialgesetzbuchs IX soll bis 2015 kommen.

metallzeitung: Schaffen wir dann mit der Reform die Inklusion von immer mehr behinderten Menschen?

Adam: Das ist ja auch eine Frage der Kultur. Seit Jahrzehnten werden behinderte Menschen ausgegrenzt. Die anderen Menschen haben kaum Berührungspunkte mit ihnen. Daher muss die Politik die Inklusion in Kitas und Schulen schnell umsetzen. In meinem Heimatort bin ich da seit Jahren im Gemeinderat dran, trotz vieler Widerstände. Wenn die Menschen von Kindheit an mit behinderten Menschen in ihrer Mitte vertraut sind, dann wird das auch später im Betrieb ganz normal.

Ihre Meinung zu diesem Diskussionsbeitrag ist von großem Interesse für uns. Wir freuen uns auf Ihren Beitrag.
